VR-01-022 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte)

Titel

Ändern in:
Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 22 bis 27:
~~Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-ökologische Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit.~~

Die mit dem Krieg in der Ukraine legitimierte Aufrüstung Deutschlands mittels „Sondervermögen“ und Erhöhung des Wehretats bedeutet eine massive Umverteilung von Investitionen in zivile Entwicklung hin zur Finanzierung von Panzern, F35-Bombern und Munition. Diese Ressourcen wollen wir umwidmen, um die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben, statt die Gewinne der Rüstungsindustrie zu mehren. Es muss klar sein: Frieden, Freiheit, Demokratie, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit sind langfristig nur möglich durch Abrüstung, Diplomatie und internationale Kooperation.

Begründung

Zukunft statt Aufrüstung!

Die massive Aufrüstung der Bundeswehr befeuert den internationalen Rüstungswettlauf und verstärkt die Konfrontation und Blockbildung. Diese Konfrontation kann in einen Atomkrieg mit dem Schlachtfeld Mitteleuropa münden, wenn weiterhin das Ziel sein sollte, Russland bzw. Russlands Wirtschaft „zu ruinieren“. Dabei gibt es Alternativen zu einem ungehemmten Rüstungswettlauf. All unsere Programme bekennen sich zum Vorrang der Politik und der zivilen Krisenprävention.

Die Kriege in der Welt und die massive Aufrüstung der Bundeswehr gefährden die Zukunft der großen Mehrheit der Bevölkerung hier und weltweit:

- Wir brauchen Gelder für mehr Diplomatie, Krisenprävention, Friedensarbeit und Entwicklungszusammenarbeit.
- Wir brauchen Gelder für den Umbau des Landes, um den Klimawandel zu bekämpfen und abzufedern und die Biodiversität zu schützen.
- Auf Landes- und Bundesebene brauchen wir Gelder für die Daseinsvorsorge, für die Bildung und für eine funktionsfähige Demokratie, Verwaltung und Infrastruktur.
- Im kommunalen Bereich brauchen wir Gelder für die Instandhaltung und den Ausbau von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, für die Gesundheitsversorgung, für die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum und für eine ausreichende Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten.

Diese Gelder fehlen, was dazu führt, dass das Vertrauen der Menschen in die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit abnimmt und sie anfällig werden für autoritäre, einfache Parolen. Die letzten Wahlen zeigen, dass wir Grüne mit der bisherigen Politik sogar Teile unserer Stammwähler*innen verloren haben.

Wir fordern deshalb den Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion und die Grünen Bundesminister*innen auf, sich um eine diplomatische Lösung des Ukraine-Krieges und um internationale Abrüstungsabkommen zu bemühen.Unsere ganze Kraft muss darauf ausgerichtet sein, eine menschenwürdige Zukunft zu schaffen, indem wir das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens weltweit umsetzen und alle vorhandenen Ressourcen dafür nutzen, die zivile soziale Entwicklung weltweit voranzutreiben. Dies geht nur im Miteinander und in Kooperation aller Länder.

weitere Antragsteller*innen

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Manfred Dippmann (KV Cottbus); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Lore Hauschild (KV Steinfurt); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Julia Hager (KV Bad Dürkheim); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Arne Winkelmann (KV Wittmund); Matthias Striebich (KV Forchheim); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Andreas Müller (KV Essen); Tabitha Elkins (LV Bayern); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.